

komba nrw Norbertstraße 3 D-50670 Köln

Landtag Nordrhein-Westfalen
Herrn Landtagspräsident André Kuper, MdL
Postfach 101143
40002 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/4250

Alle Abg

Norbertstraße 3
D-50670 Köln
Postfach 10 10 54
50450 Köln

Telefon 02 21. 91 28 52-0
Telefax 02 21. 91 28 52-5
info@komba-nrw.de
www.komba-nrw.de

Sandra van Heemskerck

Durchwahl:
0221.912852-12

Köln, den 27.08.2021

Stellungnahme der komba gewerkschaft nrw zur Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung und des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 7. September 2021 zum Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 17/13777)

„Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zum obengenannten Antrag.

Als komba gewerkschaft haben wir entschieden, uns in unseren Ausführungen auf die gewerkschaftsspezifischen Aspekte des Antrages zu beschränken.

Das Ansinnen, Familie und Bildung im bevölkerungsstärksten Bundesland Nordrhein-Westfalen mehr zu stärken und zu fördern, teilen wir. Die Corona-Pandemie hat in den vergangenen eineinhalb Jahre auf viele Bereiche und Themen wie ein Brennglas gewirkt. Bereits vorhandene Probleme wurden verdeutlicht. Die Bedeutung und Relevanz von bestimmten Systemen wurde für alle sichtbar.

Die komba gewerkschaft tritt seit Langem dafür ein, den Sozialraum für Kinder und Jugendliche zu vernetzen und weiter zu fassen statt ausschließlich in den einzelnen Systemen zu denken. Kindertagesstätten (Kitas), Schulen, Offener Ganzttag (OGS), Schulsozialarbeit, Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD) sowie Vereine müssen sich zukünftig miteinander verzahnen. Zum einen, weil sich die Lebenswelt der Kinder, Jugendlichen und deren Familien verändert hat. Zum anderen, weil dadurch die Förderung und Forderung der Kinder und Jugendlichen sowie der Kinderschutz besser zu gewährleisten sind. Es schafft zudem eine Entlastung für Familien, wenn die einzelnen Systeme enger vernetzt sind.

Dabei ist das Fachpersonal der Dreh- und Angelpunkt. Um die im Antrag aufgeführten Punkte umzusetzen, braucht es in allen oben genannten Bereichen gut ausgebildetes und qualifiziertes Fachpersonal. Darüber hinaus bedarf es umfassender Konzepte zur Fachkräftegewinnung mit Maßnahmen, die einerseits zur Entlastung der derzeitigen Beschäftigten beitragen und andererseits die Attraktivität der jeweiligen Berufsbilder in der Gesellschaft

steigern. Solche Konzepte sollten aus Sicht der komba gewerkschaft spürbare Verbesserungen der Arbeits-, Rahmen- und Ausbildungsbedingungen sowie der gesamtgesellschaftlichen Perspektive beinhalten.

Die aktuellen Ergebnisse des Ländermonitorings für die frühkindliche Bildung der Bertelsmann Stiftung haben unsere Forderung vergangener Jahre bestätigt. Wir fordern, dass der Blick nicht nur auf die Personalgewinnung, sondern auch auf die Bindung von Bestandspersonal in den Kitas gerichtet werden muss.

Auch wenn die Politik bereits zahlreiche Anstrengungen unternommen hat, dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen, reicht dies bislang bei Weitem nicht aus.

Angesichts des Fachkräftemangels ist es insbesondere im Kita-System bereits heute schwierig, einen kindgerechten und für die pädagogische Arbeit qualitativ guten Personalschlüssel zu erzielen. Um neue, sicherlich zum Teil sinnvolle Herangehensweisen und Strukturen zu schaffen, müssen die Anstrengungen, qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten, intensiviert werden.

Neue Strukturen, beispielsweise die Ausdehnung des Modells der Familienzentren auf Grundschulen und der weitere Ausbau der Kita- und OGS-Plätze, dürfen keinesfalls dazu führen, dass kurz- und mittelfristig weniger qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Es braucht klare fachliche Standards. Sonst trifft Quantität am Ende auf eine insgesamt sinkende Qualität. Die im Antrag gewünschte Chancengleichheit für jedes einzelne Kind kann ohne qualifizierte Fachkräfte in den unterschiedlichen Systemen nicht erreicht werden.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ab 2026 ist ein richtiger Schritt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch nach der Kita-Zeit zu fördern. Sicherlich wird dabei der rein quantitative Platzausbau kurzfristig im Vordergrund stehen. Dennoch müssen parallel mehrere Themen gleichzeitig bearbeitet werden: Die komba gewerkschaft setzt sich schon seit langer Zeit für die Einführung gesetzlich geregelter Qualitätsstandards im Hinblick auf Rahmenbedingungen und Personalausstattung in der Offenen Ganztagsbetreuung ein. In einer OGS findet bereits heute nicht nur ausschließlich Betreuung statt. Vielmehr bietet sie einen Dreiklang aus Betreuung, Erziehung und Bildungsarbeit. Aktuell fehlen hier pädagogische Fachkräfte. Die Gründe sind vielfältig: Die dortigen qualitativen Rahmenbedingungen sind aktuell stark von den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten abhängig. Die kommunale Politik prägt mit ihren unterschiedlichen Ausrichtungen und finanziellen Möglichkeiten den oft willkürlichen Status einer OGS entscheidend mit. Eine durchaus wünschenswerte Vernetzung der Systeme würde mehr pädagogische Fachkräfte erfordern. Für das Bestandspersonal, aber auch im Sinne einer Attraktivitätssteige-

rung des Berufszweiges, müssen Vollzeitstellen im Bereich der OGS geschaffen werden. Befristungen dürfen nicht die Norm sein. Eine tarifrechtliche Eingruppierung muss die Basis für die Bezahlung der pädagogischen Fachkräfte bilden.

Dies gilt gleichermaßen für den Bereich der Schulsozialarbeit. Klare und verbindliche Standards, unbefristete Verträge sowie eine tarifrechtliche Eingruppierung sind wichtige Faktoren, um diesen wichtigen Bereich für die Schüler und Schülerinnen zu stärken und für die Beschäftigten attraktiver zu gestalten.

Die komba gewerkschaft unterstützt die Idee eines einrichtungsscharfen Bildungsindex für die Zuteilung von Personal und Geld. Wünschenswert wäre es, Strukturen für die Förderung zu schaffen, die das Personal vor Ort bei der Umsetzung der Maßnahmen entlastet und verbindlich gestaltet. Häufig sind Gelder aus den unterschiedlichen Programmen an bestimmte Aufgaben gekoppelt. Dies macht ein individuelles Vorgehen anhand der Konzepte in den einzelnen Einrichtungen und langfristige Personalplanungen unmöglich. Oftmals scheitert an diesem Punkt die wichtige Zusammenarbeit innerhalb eines Systems oder verschiedener Systeme zum Wohle der Kinder und Jugendlichen (Beispiel: Schulsozialarbeit).

Die Schaffung starker Strukturen für den Kinderschutz und der Ausbau von Präventionsnetzwerken ist ein wichtiger Schritt. Gleiches gilt für Kinderschutzkonzepte in den Einrichtungen und Institutionen. Der komba gewerkschaft fehlt dabei jedoch der Blick auf den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) der Kommunen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ASD verfolgen einen gesellschaftspolitischen Auftrag. Sie sind zentrale Ansprechpersonen für Familien in Krisen und Ersthelfer/innen bei der Planung und Kontrolle von Hilfeprozessen.

Die Aufgaben und Rahmenbedingungen des ASD sind von Kommune zu Kommune unterschiedlich geregelt. Das erschwert eine einheitliche Vorgehensweise zunehmend. Zu den vielfältigen Aufgaben des ASD gehören neben der Erziehungsberatung, dem Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung und Maßnahmen zum Schutz von Kindern sowie den Hilfen zur Erziehung, auch die Eingliederungshilfe für (seelisch) behinderte Kinder und Jugendliche, die Hilfe für junge Volljährige, die Betreuung und Begleitung unbegleiteter minderjähriger Ausländerinnen und Ausländer, die Adoptionsvermittlung, die Jugendgerichtshilfe, die Trennungs- und Scheidungsberatung sowie die Mitwirkung in Verfahren vor dem Familiengericht.

In den zurückliegenden Jahren ist die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen im ASD kontinuierlich gestiegen. Dies besonders vor dem Hintergrund von Gesetzesänderungen, aber auch durch wachsende Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger sowie der Arbeitgeber. Die Beschäftigten im ASD sollen ihre vielschichtigen Aufgaben noch professioneller

und schneller erledigen, ohne dass die Qualität dabei Schaden nimmt. Die dringend erforderliche präventive Arbeit mit den Familien und anderen Institutionen, darunter Kindertagesstätten und Schulen, ist unter den derzeitigen Rahmenbedingungen kaum möglich und führt ebenfalls zu mehr Arbeitsbelastung.

Außerdem werden Gesetzesänderungen – beispielsweise zum Kinderschutz – durchgeführt, ohne jedoch die Rahmenbedingungen vor Ort anzupassen. Zudem ist der Personalmangel im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes ein bestimmender Faktor beim Anstieg der Arbeitsbelastung. Unbesetzte Stellen, Befristungen, krankheits- und schwangerschaftsbedingte Ausfälle und das allgemeine Problem des Fachkräftemangels belasten die Kolleginnen und Kollegen und damit ihre Arbeit zusätzlich.

Ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag für alle Bildungsberufe wird nicht umsetzbar sein. Beschäftigte in den Bildungsberufen sind in zwei verschiedenen Flächentarifverträgen integriert: Dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes der Kommunen (TVöD-Kommunen) und dem Tarifvertrag der Länder (TV-L). Hinzu kommen Haustarifverträge mit freien Trägern. Für die Flächentarifverträge stehen wir einer Rückkehr der Tarifgemeinschaft der Länder in eine gemeinsame Tarifgemeinschaft mit der VKA (Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber) und dem Bund grundsätzlich positiv gegenüber. Damit würde für eine Vielzahl der Bildungsberufe in Fläche mehr Gerechtigkeit entstehen. Eine Ab- oder Auskopplung der Bildungsberufe aus den Flächentarifverträgen lehnen wir jedoch ab.

Die komba gewerkschaft ist der Überzeugung, dass aktuelle Missstände in den bestehenden Strukturen behoben werden müssen, bevor neue Strukturen geschaffen werden können! Aus den Erfahrungen der Vergangenheit haben neu geschaffene Systeme stets zu einer weiteren Belastung der bestehenden Systeme geführt. Dies muss unbedingt verhindert werden. Kitas, Offener Ganzttag und Allgemeiner Sozialer Dienst sind heute schon weit über ihre Belastungsgrenzen hinaus betroffen. Die Systeme, und vor allem die Beschäftigten in diesen unverzichtbaren Bereichen, brauchen Entlastung statt immer größerer Belastungen!

Für Fragen stehe ich Ihnen im Rahmen der Anhörung am 07. September 2021 gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Sandra van Heemskerck
Stellv. Landesvorsitzende